

Pressemitteilung, 21. Oktober 2021

Von Ana Piquer, Exekutivdirektorin von Amnesty International Chile

Die Rechtsmittel sind vorhanden, um in Chile Gerechtigkeit herzustellen

Anlässlich des zweiten Jahrestages der sozialen Proteste hat Amnesty International der Staatsanwaltschaft einen Bericht über die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Kommandeure der Carabineros vorgelegt. Es ist ein Dokument in juristischer Fachsprache, das für diejenigen, die nicht Jura studiert haben, trocken sein mag, aber es ist wichtig, angesichts der jüngsten Videos von Polizisten, die mit brutaler Trägheit über den Jugendlichen sprechen, der während eines Polizeieinsatzes in den Mapocho-Fluss gefallen ist, um die Bedeutsamkeit dahinter zu verstehen, die Kommandeure zur Rechenschaft zu ziehen.

Dieser Grad der Gewöhnung an staatliche Gewalt spricht lautstark von einem „institutionellen Klima“, das diese toleriert.

Es gibt mehr als einen Rechtsweg, um die verantwortlichen Befehlshaber zur Rechenschaft zu ziehen. Der erste Weg – und es wurden bereits Klagen in dieser Hinsicht eingereicht – ist die Einleitung von Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Da sich die Angelegenheit derzeit vor chilenischen Gerichten befindet, sollte hierfür das Gesetz 20.357 angewendet werden, das diese Art von Verbrechen im Land regelt. Dieses Gesetz ist jedoch die Umsetzung des Römischen Statuts (der internationale Vertrag, der den Internationalen Strafgerichtshof regelt) und muss daher auch im Lichte dieses Statuts ausgelegt werden.

Damit diese Straftaten verfolgt werden können, muss es zwingend einen Kontext geben, sodass die Sachverhalte nicht voneinander isoliert sind, sondern miteinander in Verbindung gebracht werden können. Es muss sich entweder um einen generalisierten oder um einen systematischen Angriff (nicht notwendigerweise beides) gegen die Bevölkerung handeln, der von einer Organisation begangen wird und hinter dem eine Strategie steht.

In der Praxis ist es üblich, dass es keine ausdrücklichen Befehle oder Anweisungen gibt, die „Menschenrechte zu verletzen“. Was die Existenz einer dahin gehenden Politik beweist, sind oft hinterhältigere Handlungen oder Unterlassungen, die ein „institutionelles Klima“ der Toleranz oder sogar Förderung dieser Art von Handlungen schaffen. Beispiele dafür können das Halten von Hetzreden sein, die die Begehung dieser Verbrechen rechtfertigen, oder die Zuweisung von Ressourcen, die auf die Begehung der Tatsachen gerichtet sind. Fälle von Unterlassung wären die Duldung der Begehung von Straftaten durch ihre Untergebenen, indem sie diese nicht vermeiden oder nichts tun, wenn sie auftreten. Unterlassungen reichen nicht aus, um zu beweisen, dass eine derartige Handlungsrichtlinie existiert, aber es kann eine Politik der Unterlassung geben, wenn diejenigen, die sich in einer Machtposition befinden, sich mit Beweisen konfrontiert sehen, dass Verbrechen begangen werden, und die Macht haben, zu beeinflussen, ob dies weiterhin geschieht oder nicht und

dann bewusst keine Maßnahmen ergreifen, um dies zu verhindern, und daher ausdrücklich deren fortgesetztes Auftreten und die Nutzung der Mittel und Ressourcen der Organisation tolerieren.

In Chile gibt es Hinweise auf das oben Genannte, die von der Staatsanwaltschaft eingehend untersucht werden müssen. Wir wissen, dass hochrangige Kommandanten der Carabineros Waffen beschafften und ihren Untergebenen zur Verfügung stellten, die bei der Aufsicht von Demonstrationen niemals hätten verwendet werden dürfen (Schrotflinten mit Munition aus einer Gummi-Metall-Legierung und mit ungenauem Schuss) und diese auch missbräuchlich verwendet wurden (Schießen auf den oberen Teils des Körpers) und es dauerte mehr als einen Monat, um diese Verwendung einzuschränken, obwohl es bereits Hunderte von Opfern mit Augenverletzungen gab.

Auf der anderen Seite, die Rhetorik von Präsident Piñera über den „mächtigen Feind“, die berüchtigte Analogie eines Generals der Carabineros von der Kontrolle der öffentlichen Ordnung mit der Behandlung von Krebs (die die Idee bestätigt - inakzeptabelerweise -, dass Menschenrechtsverletzungen eine Art „notwendiges Übel“ zur Kontrolle der öffentlichen Ordnung sind) oder die Tonaufnahme, in der der ehemalige Generaldirektor der Polizei versicherte, dass er niemanden wegen eines polizeilichen Verfahrens entlassen werde.

Hinzu kommt der Widerstand der Polizei, die von der Obersten Rechnungsprüfungsbehörde der Republik Chile angeordneten Sanktionen gegen das Oberkommando anzuwenden (diese werden noch immer nicht angewendet, und einige von ihnen gingen ohne deren Anwendung in den Ruhestand) und die Förderung von Personen, die direkt in Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren (der derzeitige Polizeipräsident der Carabineros war in der schlimmsten Phase der Krise während des sozialen Ausbruchs Direktor für Ordnung und Sicherheit - mit direkter Verantwortung für die Vorgänge). Hinzu kommt, dass die internen Aufzeichnungen der Polizei mangelhaft und oft nicht vorhanden sind, wie der Bericht von Amnesty International „Eyes on Chile“ zeigt.

Sollte man in diesem Fall zu dem Schluss kommen, dass durch diese Handlungen und Unterlassungen eine Strategie entwickelt wird, könnte die oberste Führungsebene direkt verantwortlich sein.

Darüber hinaus sieht das gleiche Gesetz 20.357 Sanktionen für diejenigen vor, die wussten, dass diese Art von Verbrechen begangen wurde, und sie vorsätzlich nicht verhindert haben (Art. 35). Es ist schwer zu bezweifeln, dass die Kommandeure in einer hochhierarchischen Institution wie den Carabineros mit militärischer Natur nicht in der Lage waren, das Geschehen zu stoppen. Ebenso ist es angesichts der Massivität und der Publizität dessen, was passiert ist, schwer zu argumentieren, dass sie es nicht wussten, und tatsächlich gibt es genaue Beweise dafür, dass sie es wussten, da die internen Kommunikationskanäle der Carabineros es ermöglichen, zu

bestätigen, dass es Informationen in Echtzeit (inklusive Bildern und Videos) gab, die direkt die zuständigen Behörden erreicht haben. Es lohnt sich zu fragen, ob dies auch auf staatliche Behörden, die für die Überwachung der Polizei zuständig sind, anwendbar ist. hätten somit das Geschehene wirksam verhindern können, wenn sie gehandelt hätten.

Auch wenn festgestellt wird, dass das Gesetz 20.357 über Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht anwendbar ist, ist es dennoch möglich, Vorgesetzte wegen ihrer Verantwortung zu bestrafen, welche als „Unterlassungskommission“ bekannt ist. Dazu ist es notwendig, dass die Vorgesetzten eine Bürgerpflicht und -stellung innehaben und handlungsfähig sind, um diese Rolle zu erfüllen und hätten somit das Geschehene wirksam verhindern können, wenn sie gehandelt hätten. Diese Unterlassung kann absichtlich oder sogar fahrlässig sein. Es gibt Beispiele, in denen Gerichte eine fahrlässige Unterlassungsstrafbarkeit im Zusammenhang mit dem Erdbeben und dem Tsunami 2010 angenommen haben und aufgrund dessen verurteilt haben. Gleiches wurde in Bezug auf drei Führungskräfte eines Bauunternehmens für ihre Verantwortung beim Einsturz des Gebäudes „Alto Río“ in Concepción festgestellt.

Darüber hinaus gibt es in Bezug auf das Unterlassungsdelikt einen speziellen rechtlichen Hinweis in Bezug auf Folter, unrechtmäßige Nötigung und Misshandlung, der Sanktionen gegen diejenigen festlegt, die der Begehung solcher Handlungen „zustimmen“ oder diejenigen, die wissen, dass sie stattfinden, sie nicht verhindert oder ihre Anwendung einstellt, „indem sie die dazu erforderliche Vollmacht oder Befugnis besitzt oder dazu in der Lage ist“ (Art. 150 A und D des Strafgesetzbuches).

Schließlich ist es wichtig zu erwähnen, dass, da die Carabineros eine disziplinierte Institution sind, die der politischen Macht unterstellt ist und direkt dem Innenministerium untersteht, auch die Kontrollpflichten des Innenministers und des Präsidenten der Republik berücksichtigt werden sollten, insbesondere im Hinblick auf mögliche Meldepflichten nach ihrer Begehung für den Fall, dass deren Verhinderung unmöglich gewesen wäre.

Die uns bereits bekannten Vorgeschichten weisen ernsthafte Hinweise darauf auf, dass von den Behörden und Befehlshabern dhätten somit das Geschehene wirksam verhindern können, wenn sie gehandelt hätten. er Institutionen, die an der Kontrolle der öffentlichen Ordnung beteiligt sind, eine strafrechtliche Verantwortung für ihre Untätigkeit bei den gewaltsamen Ereignissen nach den Demonstrationen gefordert werden muss. Es gibt dafür rechtliche Mechanismen. In Chile kann Gerechtigkeit herrschen.

Die Staatsanwaltschaft muss ihre Aufgabe erfüllen, die Beweise auszuwerten und zu entscheiden, welches dieser Strafverfahren in welchen Fällen anwendbar ist, und sicherstellen, dass die Kommandeure bis zur höchsten Ebene auf die schlimmste

Menschenrechtskrise in Chile seit Ende der Diktatur reagieren.